

Standortauswahl für ein Endlager nach Standortauswahlgesetz

Lfd.-Nr. Stellungnahme)	Einzelpunkte aus den eingegangenen Stellungnahmen	vorläufige Bewertung
S1 1)	„Eine aktuelle Studie geht davon aus, dass die Endlagersuche erst 2074 abgeschlossen werden wird ([Quellenhinweis]) und auch die Bundesgesellschaft für Endlagerung weist in ihrem Rahmenterminplan in einem Szenario auf eine Standortfestlegung Mitte bzw. Ende der 2060er Jahre hin ([Quellenhinweis]). Im aktuellen Entwurf des NaPro (S. 7) wird davon ausgegangen, dass der Standort des Endlagers für hochradioaktive Abfälle bis „Mitte des Jahrhunderts“ festgelegt wird. Im NaPro fehlt aber eine Darstellung eines realistischen Zeitrahmens und es bleibt unklar, wie die Zielmarke „Mitte des Jahrhunderts“ erreicht werden kann.“	Das nächste Zwischenziel im Standortauswahlverfahren ist der Vorschlag von zu erkundenden Standortregionen, den die BGE Ende 2027 plant. Gegenwärtig kann kein belastbarer Zeitbedarf für das gesamte Standortauswahlverfahren angegeben, da dieser stark von der Anzahl der in Phase II zu erkundenden Standortregionen abhängt. Eine weitere zeitliche Ungewissheit stellt die Dauer von möglichen Klagen im Zusammenhang mit der Erkundung und mit Bescheiden zum Standortauswahlverfahren dar. Das BMUKN prüft derzeit, wie das Standortauswahlverfahren optimiert werden kann, wobei eine Reduktion des Zeitbedarfs ein wichtiges Optimierungsziel ist. Unter Berücksichtigung einer Optimierung des Standortauswahlverfahren, erwartet das BMUKN einen Abschluss des Standortauswahlverfahren in der Mitte des Jahrhunderts.
S2 15)	„Nehmen Sie NICHT Bei Ulm mit Bröckel-Ton ins NaPro. Untief, deshalb nass, nicht gasdicht verschließbar! und ohne Nachweis der Unterkritikalität - verseucht erst die Neckar Ebene, dann den Rhein, dann die Welt-Meere!“	Die Anmerkung hat keinen direkten Bezug zum NaPro und betrifft Details des Standortauswahlverfahrens. Im Standortauswahlverfahren werden die in Frage kommenden Gebiete auf ihre Eignung geprüft, dabei sind auch die Gebirgsdurchlässigkeit und die Tiefenlage des Wirtsgesteins relevante Kriterium.
S3 15)	„Schreiben Sie 3 Grenztemperaturen ins Stand AG weil es ja auch 3 Wirts-Gesteine sind.“	Die Anmerkung hat keinen direkten Bezug zum NaPro und betrifft Details des Standortauswahlverfahrens. Die Temperaturentwicklung während des Betriebs und nach dem Verschluss eines Endlagers ist sowohl für die Betriebssicherheit als auch für die

		Langzeitsicherheit von großer Bedeutung. Zu diesen Themen gab es mehrere Veröffentlichungen sowie am 28. März 2023 einen vom BASE veranstalteten Fachworkshop (https://www.endlagersuche-infoplattform.de/webs/Endlagersuche/DE/Endlagersuche/Der-Suchprozess/grenztemperatur/info.html). Sowohl die Aufsichtsbehörde als auch die Vorhabenträgerin verfolgen das Thema weiter. Ein Anlass für weitere Festlegungen dazu im Standortauswahlgesetz wird nicht gesehen.
S4 18)	„Kennzeichnung von Endlagerstätten, die auch in mehreren Jahrhunderten/Jahrtausenden noch nachvollzogen werden können Gibt es im Zuge der Endlagersuche bereits Erkenntnisse, welche Art der Kennzeichnung für ein deutsches Endlager am sinnvollsten erscheint?“	Dieses Thema wird u.a. vom BASE verfolgt. Das BASE ist seit Langem in den Gremien der OECD NEA engagiert und orientiert sich an den dort entwickelten Empfehlungen für die Entsorgung radioaktiver Abfälle. Hinsichtlich des Wissenserhalts über Endlager wird von der OECD NEA eine systemische Strategie empfohlen, in der für mehrere Bereiche verschiedene Mechanismen auf vielfältige Art zusammenwirken (https://www.oecd-neo.org/jcms/pl_15088/preservation-of-records-knowledge-and-memory-across-generations-final-report?details=true, S. 95). Für den Bereich „Markierung“ werden mehrere Arten von Markierungen diskutiert, die auf bzw. in unterschiedlichem Abstand von der Erdoberfläche an- bzw. eingebracht werden könnten, um ein Endlager zu kennzeichnen (S. 116-123). Der aktuellen Forschungsagenda (https://www.base.bund.de/shareddocs/downloads/de/broschueren/forschungsagenda-2025.html, S. 73) folgend wird das BASE die Frage, welche Aspekte in dieser Hinsicht in der Bundesrepublik Deutschland als relevant einzustufen sind, in den kommenden Jahren auch durch wissenschaftliche Arbeiten klären.